

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2005



## Am Strick des Bundes wollen sie nicht gehen

Es bewegt sich etwas im deutschen Föderalsystem. Es ist nicht so, dass Deutschland nun im Sturmschritt auf den Wettbewerbsföderalismus zueilt. Das hat niemand erwartet bei einem Systemwechsel von so großer Bedeutung. Aber schon das – vorläufige – Scheitern der Föderalismuskommission zum Ende des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass die Bundesländer nach mehr Gestaltungsfreiheit streben. Ihre Ankündigung, sie würden sich der vom Bund, den Kommunen und den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifreform des öffentlichen Dienstes nicht anschließen, deutet in die gleiche Richtung.

Beides – die Zuständigkeit für die Hochschulen sowie die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung im öffentlichen Dienst – sind Gegenstände, die nach mehr Wettbewerb rufen. Es wäre eine Verarmung weit über das Wirtschaftliche hinaus, wenn die Länder sich vom Bund bestimmte Elitebilder vorgeben ließen, wenn sie die Hochschulen an die finanzielle Leine eines jeweils amtierenden Bundeskabinetts legen würden und wenn sie duldeten, dass Lehre und Forschung in den Dienst mehr oder weniger egalitär ausgerichteter Gerechtigkeitsvorstellungen gezerrt werden. Es war daher gut, dass die Länder sich nicht gescheut haben, die Arbeit der Föderalismuskommission ohne formales Ergebnis scheitern zu lassen. Das eröffnet die Chance, zu einer Reform zu kommen, die mehr durch den Geist des Wettbewerbs geprägt ist.

Bei der Tarifreform wollen die Länder ihren Wunsch nach Eigenständigkeit unterstreichen. Auch das ist richtig und gut. Die Sorge vor dem „Rückfall in Kleinstaaterei“ hat lange als Argument gegen den Wettbewerbsföderalismus gedient. Aber mehr Vielfalt kann dem deutschen Föderalsystem nur nützen. Die der Bevormundung überdrüssigen Länder sollten sich nicht beirren lassen.

Hans D. Barbier

## Nachlese zu den „tollen Tagen“

Auf bundesweit 26 000 Sitzungen, in mehr als tausend Festzügen, auf unzähligen Kostümbällen und in Dutzenden Fernsehsendungen hat sich in diesem Jahr erneut gezeigt: Karneval, Fasnacht und Co. sind ein narrensicheres Geschäft. Den Gesamtumsatz des bunten Treibens schätzt der Bund Deutscher Karneval auf bis zu sieben Milliarden €, Tendenz steigend. Auch der vereinsmäßig organisierte Karneval boomt, die Vereine haben inzwischen fast drei Millionen Mitglieder.

Die Narren verlangen in den tollen Tagen aber nicht nur Spaß und Freud'. 600 000 Hektoliter Bier verkaufen allein die Kölsch-Brauereien im Großraum Köln/Bonn; beim Münchner Oktoberfest sind's „nur“ eine halbe Million. Sektellereien setzen während der närrischen Tage 80 Prozent ihrer Jahresproduktion ab.

Alles in allem profitieren mehr als 3 000 inländische Betriebe von der so genannten „fünften Jahreszeit“. Kaum überraschen dürfte, dass Süßwarenproduzenten, Kosmetik- und Scherzartikelhersteller sowie Prägeanstalten und Kostümschneidereien dazu zählen. Vom Karnevalsgeschäft leben zudem Friseurbetriebe, Bäckereien, Fleischerieien, Tankstellen und Kioske. Hohe Umsätze machen schließlich auch Taxi-, Bus- und Tou-

rismusunternehmen. Damit werden ganzjährig bundesweit etwa 50 000 Vollzeit Arbeitsplätze gesichert.

## „König Kunde“: Fehlanzeige

Auch beim Kauf ihrer Mobiltelefone achten die Deutschen auf Schnäppchenpreise. Zwei Drittel der Befragten einer Online-Umfrage greifen beim Handy-Kauf bewusst zu kos-

### Mobilfon-Kaufpreis

Von den Befragten würden für ein neues Handy ausgeben:

7,1 %	mehr als 150 €
9,1 %	100 bis 150 €
30,9 %	50 bis 100 €
26,8 %	20 bis 50 €
26,1 %	0 bis 20 €

Quelle: Mummert Consulting

tengünstigen Geräten. Nur noch sieben Prozent der Befragten wären bereit, für ein Handy mehr als 150 € auszugeben. Ebenfalls zwei Drittel würden höhere Handypreise in Kauf nehmen, wenn dafür die Gesprächstarife entsprechend angepasst werden.

Das ist eine recht eindeutige Aussage. Die Netzbetreiber verfolgen jedoch eine andere Strategie. Mit Preisen ab einem Euro wollen sie den neuen Mobilfunkstandard UMTS mit bis zu 30 Prozent teureren Gebühren durchsetzen. In der Marktwirtschaft ist der Kunde König – das gilt beim Handy offensichtlich nicht.

### Volkseinkommen 2004

Das Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelten sich auch im vergangenen Jahr unterschiedlich: Während die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 1 132,3 Milliarden € auf dem Stand des Vorjahres stagnierte, legten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 10,7 Prozent auf 484,0 Milliarden € zu; das war die höchste Wachstumsrate seit der Wiedervereinigung.

Bereits im Vorjahr waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit 3,5 Prozent stärker gestiegen als die Löhne (0,2 Prozent). Der Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am Volkseinkommen, die so genannte Lohnquote, lag im Jahr 2004 bei 70,1 Prozent; im Jahr davor waren es noch 72,1 Prozent.

Volkseinkommen		
in Milliarden €		
	Löhne*	Unternehmens-/Kapitalerträge
2004	1 132,3	484,0
2003	1 132,2	437,1
2002	1 129,5	422,4
2001	1 120,8	417,6
2000	1 099,1	410,4
1999	1 057,8	410,5
1998	1 030,5	411,6
1997	1 009,2	395,4
1996	1 005,3	376,4
1995	996,2	362,4
1994	961,2	314,5
1993	937,9	317,8
1992	916,4	326,2
1991	846,0	321,1

\* Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungen

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Soziale Marktwirtschaft: Ein Märchen aus alten Zeiten?

Ludwig Erhard gelingt es immer wieder einmal, die Titelseiten von Zeitungen zu erobern. Im Jahre 57 nach der Währungsreform, 39 Jahre nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik, 28 Jahre nach seinem Tod ist das schon bemerkenswert.

Am 4. Februar – zufällig an seinem 108. Geburtstag – erschien Erhards Bild unübersehbar groß und einprägsam illustriert im „Handelsblatt“. Zwei Tage vorher hatte die „Financial Times Deutschland“ Erhards „Wohlstand für alle“ zu einem „Klassiker der Wirtschaftsliteratur“ erklärt.

In beiden Fällen hieß es, Erhards Politik sei für Gegenwart und Zukunft die einzig richtige. Genauer wurde nicht gesagt, weil in Verbindung mit Erhard nie Genauer gesagt wird. Manche meinen, das komme daher, dass an Erhards Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nichts fragwürdig sei: Es gehe um Marktwirtschaft und um das Soziale. Tatsächlich aber hat Erhard Soziale Marktwirtschaft völlig anders definiert, als es heute üblich ist. Lassen wir Erhard selbst sprechen!

### Erhards wirtschaftspolitische Prinzipien

Erhard hatte am 31. Mai 1954 in Antwerpen einen Vortrag zu halten. Es gab kein Thema, und es gab keine Zeit, ein Thema auszuarbeiten. So hat Erhard aus dem Stehgreif eine Vorlesung über die Prinzipien seiner Wirtschaftspolitik gehalten.

Erhard sagt: Bei Marktwirtschaft gehe es ihm um „die völlige Freiheit des Handelns und der Entscheidungen“,

und zwar für alle wirtschaftenden Menschen, wo immer sie tätig sind, als Unternehmer wie auch als Verbraucher: „Marktwirtschaft als ökonomisches Prinzip bedeutet, dass sich jeder einzelne Mensch als Unternehmer, ohne vom Staat behindert oder gegängelt zu werden, frei entfalten kann und dass es seine Angelegenheit ist (sein Risiko, aber auch seine Chance ausmacht), im Markt zu gewinnen, was seine Existenz gewährleistet. Auf der Seite des Verbrauchers bedeutet Freiheit, dass jeder Einzelne in freier Konsumwahl sein Leben so gestalten kann, wie es seinem eigenem Willen und seinen Vorstellungen von Glück, Zufriedenheit und Würde entspricht.“

### Wachstum ist kein Ziel der Politik

Nach Erhard ist es deshalb nicht mit einer Marktwirtschaft zu vereinbaren, wenn die Politik Wachstumspotentiale in der Wirtschaft sucht, um sie zu fördern. Der Begriff „Wachstumspolitik“ ist für ihn eine gefährliche Ausgeburt planwirtschaftlicher Denkweise. In einer Marktwirtschaft darf Wirtschaftswachstum nur aus dem Wunsch von Menschen entstehen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Die Aufgabe marktwirtschaftlicher Politik ist nicht, den

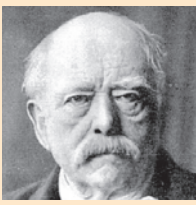
Menschen zu beschern, was sie sich wünschen. Vielmehr muss dafür gesorgt werden, dass keiner in seinen Anstrengungen um bessere Lebensumstände behindert wird.

### Das Wagnis freiheitlicher Politik

Erhard wusste, dass diese freiheitliche Ordnungspolitik ein Ideal ist, das in der Praxis allzu oft in schrecklichen Wirtschaftskrisen endete. Aus diesem Grund hielt er die freiheitliche Politik für ein Wagnis, das nur unter zwei Bedingungen gelingen kann. Bei beiden gehe es um die „eigentlich banale Selbstverständlichkeit“, dass die laufende Güterproduktion (das Sozialprodukt) und die laufende Einkommensbildung (das Volkseinkommen) übereinstimmen müssen:

■ Diese Übereinstimmung sei makroökonomisch nur zu erreichen, „wenn die Politik die Kraft und den Willen aufbringt, Disziplin zu üben und sich keiner Sünden auf finanz- und kreditwirtschaftlichem Gebiet schuldig macht.“

■ Sofern ein solches makroökonomisches Gleichgewicht existiert, bedarf es einer wirklich „freien Unternehmungswirtschaft“, damit sich neben der rein quantitativen auch eine strukturelle (qualitative) Übereinstimmung zwi-



„Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Missbrauch getrieben wird als mit dem Wort „frei“. Ich traue dem Wort nicht, weil keiner die Freiheit für alle will: jeder will sie für sich.“

Otto von Bismarck

schen Sozialprodukt und Volkseinkommen ergibt.

Beide Punkte sind heute verletzt. Über den einen, die jetzt existierende Staatsverschuldung, erübrigen sich weitere Ausführungen. Der andere, das Verschwinden wirklicher Unternehmer und einer Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne, erfordert ein paar Erläuterungen.

### Ohne Wettbewerb drohen Wirtschaftskrisen

Erhard meint, in einer freien Wirtschaft müsse das Schicksal jedes Unternehmers daran gebunden sein, „dass er mit seiner Leistung Gnade vor den Augen des Verbrauchers findet. Er muss auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen sein, sich im Wettbewerb zu behaupten.“

Für Erhard heißt das: Wenn nicht verhindert wird, dass Unternehmer ohne entsprechende Marktleistung starke Positionen erlangen, wird ein Weg geöffnet, der – wie in früheren Zeiten – unweigerlich in eine Wirtschaftskrise führt. Sobald sich Produzenten – statt sich dem Markt anzupassen – „darauf einigen, für sich einen höheren Anteil der zum Markt kommenden Kaufkraft zu binden, bedeutet das, dass in anderen Bereichen der Wirtschaft diese Kaufkraft fehlt... So entstehen Krisen. Die vorhandene Kaufkraft reicht nicht mehr aus, um das ganze Sozialprodukt vom Markt zu nehmen. Der Versuch, sich durch Verkürzung der Produktion der verminderten Kaufkraft anzupassen, führt in den merkwürdigen Zustand, dass immer mehr unabsetzbare Gü-

ter im Markt verbleiben, denn die verkürzte Produktion bedeutet absinkende Beschäftigung und Verminderung des Volkseinkommens, und natürlich auch eine Verminderung von vielen Individual-einkommen und damit von Kaufkraft. So lagert sich eine Krise über die andere. Schließlich kommt es zu jener krisenhaften Erstarrung, die wir in den dreißiger Jahren erlebt haben. Nur eine freie Wirtschaft kann die notwendigen Anpassungen sofort und beweglich erreichen.“

Seit langen wird davon gesprochen, dass die Wirtschaft unserer Tage dem „Shareholder value“ verpflichtet ist. Es ist nicht erforderlich, festzustellen, in welchem Ausmaß sich Wirtschaft und Politik an Börsennotierungen, Reditevorgaben, Kapitalgrößen etc. orientieren. Für Erhard stand fest, dass diese Orientierung grundsätzlich falsch ist.

### Der Verbraucher: A und O der Wirtschaft

Erhard bekennt: „In meinem Bild der Wirtschaft gibt es nur einen Maßstab, und das ist der Verbraucher; denn welchen anderen Zweck sollte eine Wirtschaft haben als den, der Gesamtheit eines Volkes zu immer besseren und freieren Lebensbedingungen zu verhelfen, Sorgen zu überwinden und den Segen der Freiheit allen teilhaftig werden zu lassen? Wenn es viele Menschen in einem Staat gibt, die von der Sorge gequält sind, was morgen ihr Schicksal sein wird, so kann man nicht von Freiheit sprechen. Frei, wahrhaft frei als Persönlichkeit und wahrhaft

frei gegenüber dem Staat und seinen Einrichtungen, ist nur derjenige, der gewiss sein kann, kraft eigener Leistung und eigener Arbeit bestehen zu können, ohne Schutz, aber auch ohne Behinderung durch den Staat.“

Erhard war überzeugt, mit seiner Politik das Grundübel beseitigt zu haben, an dem die freiheitliche Politik früherer Zeiten regelmäßig gescheitert ist. Die Wirtschaft sei nie gezwungen gewesen, sich ausschließlich am Verbraucher zu orientieren. Immer habe die Produktion an erster Stelle gestanden. Stets sollten vorhandene Produktionskapazitäten ausgelastet und gemäß dem technischen Fortschritt neue errichtet werden. Die Produzenten hätten sich nie primär am Markt orientiert, sondern lediglich erwartet, dass die Verbraucher ihnen die Kosten ihrer Produktion und aller Neuerungen vergüten. Immer ging es um Gewinnmaximierung, nie ging es darum, dass der Gewinn nur über Absatzmärkte erreicht werden darf. „Moralisch ist dagegen nichts einzuwenden. Bloß: Mit einer Marktwirtschaft sind diese Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen.“

### Das Grundübel, nicht die Symptome bekämpfen!

Erhard bezeichnet die Wirtschaftssysteme der Vergangenheit als „unternehmerische Planwirtschaften“, die in vielem unangenehmer seien als staatliche Planung, denn sie führen zu Pfründen und Renten, zu ständestaatlichen Verhältnissen wie im Mittelalter, zur Abwehr von Kon-

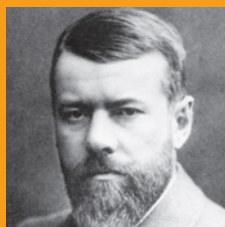
kurrenten, zu Macht, Machtmissbrauch und Korruption. Was sie hingegen nicht bewirken, sind wirtschaftliche Fortschritte, die im harten Wettbewerb an die Verbraucher weitergegeben werden und „Wohlstand für alle“ schaffen.

In diesen „unternehmerischen Planwirtschaften“ habe der Staat zunehmend größeren Einfluss auf die Wirtschaft ausgeübt. Dem Einzelnen wurde immer mehr Verantwortung abgenommen. Damit hat sich auch das Soziale zum Kollektivistischen und Sozialistischen gewandelt, denn: „Es war nur eine Selbstverständlichkeit, dass sich der Einzelne sagte: Wenn ich mich schon nicht frei entfalten kann, wenn ich schon nicht das tun und lassen kann, was ich für richtig halte und was ich für mein persönliches Wohlergehen für notwendig erachte, dann, lieber Staat, trage du auch bitte die Verantwortung für mein ökonomisches Schicksal.“

Erhard hat in seiner Vorlesung 1954 über die Zeit vor 1948 gesprochen. Aber seine Ausführungen klingen aktuell. Bedeutet das, dass wir wieder auf den alten, verhängnisvollen Weg geraten sind? Ist das Wirtschaftssystem unserer Tage eine „unternehmerische Planwirtschaft“? Ist sie weder sozial, noch eine Marktwirtschaft im Erhardschen Sinn?

Wenn das so ist, müsste die Soziale Marktwirtschaft jetzt rekonstruiert werden. Viele der bisher durchgeführten Reformen waren dann lediglich Symptomtherapien. Die notwendige Fundamentalkorrektur würde noch ausstehen.

*Horst Friedrich Wünsche*



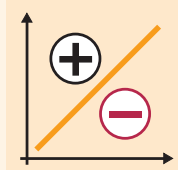
„Es gibt zwei Arten, aus der Politik einen Beruf zu machen.  
Entweder: Man lebt für die Politik oder aber: von der Politik.“

Max Weber, deutscher Volkswirt und Soziologe

# IM KLARTEXT

Februar 2005

## INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Die Arbeitslosigkeit ist zum Ende vergangenen Jahres in der Eurozone leicht angestiegen. In den zwölf EU-Ländern lag die Arbeitslosenquote im Dezember bei 8,9 Prozent und damit um 0,1 Prozentpunkte höher als im November. In absoluten Zahlen bedeutet das: 12,6 Millionen arbeitslose Menschen. Im Vergleich zum Dezember 2003 blieb die Quote unverändert.

In der EU mit allen 25 Mitgliedsstaaten stagnierte die Arbeitslosenquote bei 8,9 Prozent. EU-weit waren damit 19 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Die niedrigste Rate meldete Irland mit 4,3 Prozent. Aus deutscher Sicht bemerkenswert: viele Länder, die im Mai 2004 neu in die EU gekommen sind, haben eine geringere Arbeitslosenquote als die Bundesrepublik. Die höchsten Raten meldeten allerdings auch zwei neue Mitglieder. 18,3 Prozent wies die Statistik in Polen, 16,9 Prozent in der Slowakischen Republik aus.

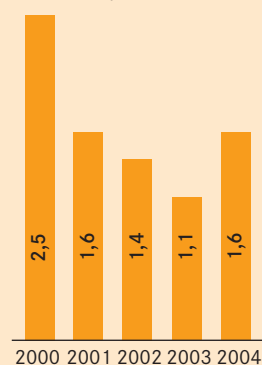
Der Europäische Rat von Barcelona hatte zuletzt im März 2002 betont, dass Vollbeschäftigung das übergreifende Ziel der EU sei. Dieses Ziel rückt weiter in die Ferne.

### Geldwertstabilität

Der Verbraucherpreisindex ist im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,6 Prozent gegenüber 2003 gestiegen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verursachten steigende Mineralölpreise, die beiden Tabaksteuererhöhun-

### Teuerungsrate

Verbraucherpreisindex in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

gen im März und Dezember 2004 sowie insbesondere die Gesundheitsreform die Preissteigerung. Vor allem die höheren Zuzahlungen für Medikamente und die Praxisgebühr verteuerten die „Gesundheitspflege“. Dafür mussten 19,2 Prozent mehr ausgegeben werden. Ohne die Gesundheitsreform wäre die Teuerungsrate um etwa 0,7 Prozentpunkte niedriger gewesen.

### Eigenverantwortung

Im Herbst 2005 will die Bundesregierung erstmals ei-

nen Bericht zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge vorlegen. Das kündigte Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ende Januar in Berlin an. Anhand der ermittelten Daten werde die Regierung unter anderem prüfen, ob die staatliche Förderung bei der Riester-Rente für Familien mit Kindern zielgenau sei.

Im Zuge des Rentenberichts soll auch erkundet werden, was die Menschen zum Abschluss einer privaten Zusatzvorsorge veranlasst und was sie davon abhält. Ein mögliches Analyse-Ergebnis: Wenn Gebühren-, Abgaben- und Steuererhöhungen am Einkommen des Einzelnen zehren, bleibt für die Eigenvorsorge immer weniger übrig.

### Renten-Information

Von wem erwarten Sie zuverlässige Auskünfte zur Altersvorsorge?

53 %	Rentenversicherungen
35 %	TV-Wirtschaftsmagazine
32 %	Verbraucherzentralen
29 %	Stiftung Warentest
28 %	Banken/Sparkassen

Quelle: Inst. für Demoskopie Allensbach

### Arbeitslos

Arbeitslosenquoten in der EU

Irland	4,3 %
Österreich	4,5 %
Dänemark	5,1 %
Slowenien	5,8 %
Portugal	6,7 %
Tschechische Republik	8,3 %
Finnland	8,6 %
Euro-Zone	8,9 %
EU-25	8,9 %
Litauen	9,4 %
Frankreich	9,7 %
Deutschland	10,0 %
Slowakische Republik	16,9 %
Polen	18,3 %

Stand: Dezember 2004

Quelle: Eurostat

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/dpa/akg-images

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*